

Aktuell = Actualité = Attualità

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **33 (1986)**

Heft 5

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Umfrage von «Chance Schweiz» stimmt nachdenklich

Gesamtverteidigung ist unbekannte Bekannte

red. Das Stichwort «Gesamtverteidigung» ist für viele Schweizerinnen und Schweizer immer noch nahezu ein «Buch mit sieben Siegeln». Dies geht aus einer Umfrage von «Chance Schweiz» (Verein für Information über Gesamtverteidigung) hervor, die Ende letzten Jahres durchgeführt worden ist. Immerhin hat der Zivilschutz aufgrund des Umfrageergebnisses «ehrenhaft» abgeschnitten, bzw. der Bekanntheitsgrad ist relativ gross. Ziel dieser Studie war es, den Wissensstand über das Konzept und die einzelnen Elemente der Gesamtverteidigung, die Einschätzung ihrer Wirksamkeit und die Beurteilung der allgemeinen Bedrohungslage zu erforschen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Studie erneut den unbefriedigenden Informationsstand über das umfassende Konzept der Schweizer Gesamtverteidigung belegt. Werden sie auf einer Liste vorgegeben, nehmen die Kenntnisse der einzelnen Elemente, die der Gesamtverteidigung zuzuordnen sind, al-

erdings zu. Auffallend ist jedoch, dass dabei nur gerade 50% der Befragten annehmen, dass die Aussenpolitik Teil der Sicherheitspolitik sei. Nach wie vor zeigt es sich, dass der Schweizer unter den potentiellen Bedrohungen in den nächsten zehn Jahren die Gefahren eines konventionell oder atomar geführten Krieges als gering einschätzt. Entsprechend wird auch der Stellenwert der Armee differenziert eingestuft. Demgegenüber sind Terror, Spionage und – in etwas geringerem Masse – technische oder naturbedingte Katastrophen für den Schweizer die als realistisch angenommenen Bedrohungen. Die Schweizer Bevölkerung hat also eine klare Vorstellung von einer veränderten Bedrohung in der modernen Gesellschaft, sie weiss aber recht wenig darüber, welche entsprechenden Präventions- und Schutzmassnahmen im Rahmen der Gesamtverteidigung vorgesehen sind.

Gesamtverteidigung – das ist auch Aussenpolitik: Hier Bundesrat Pierre Aubert mit dem früheren israelischen Verteidigungsminister Moshe Dayan (2. v. l.). (Bild: Hansueli Trachsel)

Neues Bedrohungsbild

Im Detail ergeben sich für das Bedrohungsbild folgende Werte: 83% halten einen mit konventionellen, biologischen oder chemischen Waffen geführten Krieg als eher bzw. sehr unwahrscheinlich (Atomkrieg 86%). Die grösste Erwartungshaltung gilt der Spionage (79%), Geiselnahmen/Entführungen (68%), terroristischen Anschlägen (56%), Naturkatastrophen (38%), technischen Katastrophen (37%). Signifikant ist, dass das Bevölkerungssegment des unteren Mittelstandes und der wenig Bemittelten generell eine höhere Bedrohungserwartung äussert und sich gleichzeitig – da der Informationsstand über Gesamtverteidigung in diesen Bevölkerungsschichten besonders gering ist – ungeschützt vorfindet. Tendenziell stärker bedroht fühlt sich die Romandie. Zwischen Männern und Frauen ergeben sich keine wesentlichen Unterschiede in der Beurteilung der Gefahrenlage.

Auf die offene Frage nach dem Konzept der Gesamtverteidigung zeigt sich erneut der schwache Informationsstand, können doch nur 10% Auskunft über das Konzept geben, ein Viertel kennen zwei bis drei Bereiche der Gesamtverteidigung, nur rund ein Fünftel können eine Institution benennen (in der Regel



Gesamtverteidigung – das ist auch wirtschaftliche Landesversorgung. (Bild: Hansueli Trachsel)



die Armee). Auffallend ist das besonders schlechte Abschneiden des Tessins, wo 31% ihre Unkenntnis offen eingestehen.

Zivilschutz holt Armee ein...

Wird mit einer Listenvorlage das Gedächtnis gestützt, so sind 87% aller Befragten in der Lage, die Armee als Bereich der Gesamtverteidigung zu nennen, während der «jüngere» Zivilschutz immerhin ebenfalls von 86% zum Instrumentarium der Gesamtverteidigung gezählt wird. 77% aller Personen ordnen auch die wirtschaftliche Landesvorsorge richtig ein, 74% die Sanitätsdienste und Spitäler.

Weniger als zwei von drei Personen zählen den AC-Schutz (63%), 60% den Staatsschutz zur Gesamtverteidigung, 53% den Selbstbehauptungswillen des Volkes, 50% die Aussenpolitik, 44% die koordinierten Transportdienste, 33% den Veterinärdienst für Bauern und 31% den Kulturgüterschutz.

Bedenklich ist der Umstand, dass Aussenpolitik und Diplomatie gerade nur von jedem zweiten Schweizer (Deutschschweiz 55%, Romandie 34%, Tessin 51%) als Teil der Sicherheitspolitik erkannt werden. Allgemein ist festzuhalten, dass mit dem Alter auch der Informationsstand zunimmt.

Bei der Einschätzung der Wirksamkeit einzelner Bereiche der Gesamtverteidigung werden alle untersuchten Teile als mindestens teilweise wirksam beurteilt; die meisten positiven Werte er-

hielt der Sanitätsdienst, gefolgt von der wirtschaftlichen Landesversorgung, dem Zivilschutz und der Armee. Die geringsten Werte erhielten die Aussenpolitik und der Selbstbehauptungswille.

Frauen im Zivilschutz: 2. Rang...

red. 79% der Befragten würden einer Bekannten raten, in den Rotkreuzdienst der Armee einzutreten, wenn eine Bekannte beabsichtigte, einer Institution der Gesamtverteidigung beizutreten. Dabei würden 39% diesem Vorhaben völlig zuzuraten, 40% eher, 8% eher nicht, und 10% würden völlig abraten. 68% würden aber auch beim Zivildienst den Rat erteilen (30% völlig, 38% eher), 29% würden davon abraten.

Aber auch ein Eintritt in den Militärischen Frauendienst (früher FHD) wurde von 17% völlig zugeraten, 24% eher geraten, das heisst 41% würden mindestens eher dafür raten, 54% würden abraten. Interessanterweise sind hier die Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtern recht gering.

Die Zustimmung zum Militärischen Frauendienst ist in der deutschsprachigen Schweiz erheblich grösser als in den beiden anderen Sprachgebieten, während im Tessin der Rotkreuzdienst der Armee auf eine überdurchschnittlich starke Zustimmung stösst, was übrigens auch für den Zivildienst zutrifft.

Einstellung zur Gesamtverteidigung

Die Umfrage brachte unter anderem folgendes zutage:

- Fast jeder zweite Befragte ist mit der Aussage sehr einverstanden, dass die schweizerische Gesamtverteidigung eine nationale Aufgabe ist, mit der sich jeder von uns befassen muss, weitere 37% sind damit im Prinzip einverstanden. Mit anderen Worten, 84% aller Personen stehen hinter dem Konzept der Gesamtverteidigung, nur 8% sind im Prinzip und weitere 6% ganz und gar dagegen.
- Andererseits überrascht, wie viele Personen jenen mehr Verständnis entgegenbringen wollen, die zwar unsere Verteidigungseinrichtungen in Frage stellen, sich aber doch ernsthaft um den Frieden bemühen: 77% sind mit dieser Aussage mindestens im Prinzip einverstanden (35% sehr / 42% im Prinzip).
- 74% glauben an die Wirksamkeit der Verteidigungseinrichtungen der Schweiz, obwohl sie ein kleines Land ist. Diesen stehen wiederum 34% gegenüber, die am Sinn unserer Verteidigungsanstrengungen im Kriegsfall zweifeln (63% lehnen diesen Zweifel allerdings ab).
- 41% stimmen der Aussage zu «die Gesamtverteidigung mag eine notwendige Sache sein, aber ich will persönlich damit möglichst wenig zu tun haben». 57% lehnen diese Mentalität ab.

- Mehrheitlich abgelehnt wird auch das Statement «es gibt eigentlich nichts, was die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern als besonders verteidigungswert machen würde».
- Die Detailanalyse lässt einige interessante Unterschiede in diesen Einstellungen erscheinen: so ist der Glaube an unsere wirksamen Verteidigungseinrichtungen in der Südschweiz erheblich grösser als in der deutsch- und französischsprachigen Schweiz, das Verständnis für Zweifler an unserer Verteidigungsbereitschaft im Tessin entsprechend weit geringer.
- Die deutschsprachigen Schweizer stimmen der Aussage, dass es nichts gäbe, was die Schweiz besonders verteidigungswert macht, erheblich weniger zu als die Romands und Ticinesi.
- Die Westschweizer hegen stärkere Zweifel am Sinn unserer Verteidigungsbereitschaft im Kriegsfall als die anderen Sprachgebiete. Auch hat das Floriansprinzip in der Romandie beim persönlichen Engagement für die Gesamtverteidigung mehr Gewicht als anderswo.
- Bei allen untersuchten Statements muss festgestellt werden, dass mit der Zunahme des Alters der Befragten auch die positive Haltung zur Gesamtverteidigung steigt. Je jünger die Befragten, desto kritischer, negativer ihre Einstellung zu diesen Problemen. ■

Une enquête de «Chance Suisse» qui rend songeur

La Défense générale, cette connaissance méconnue

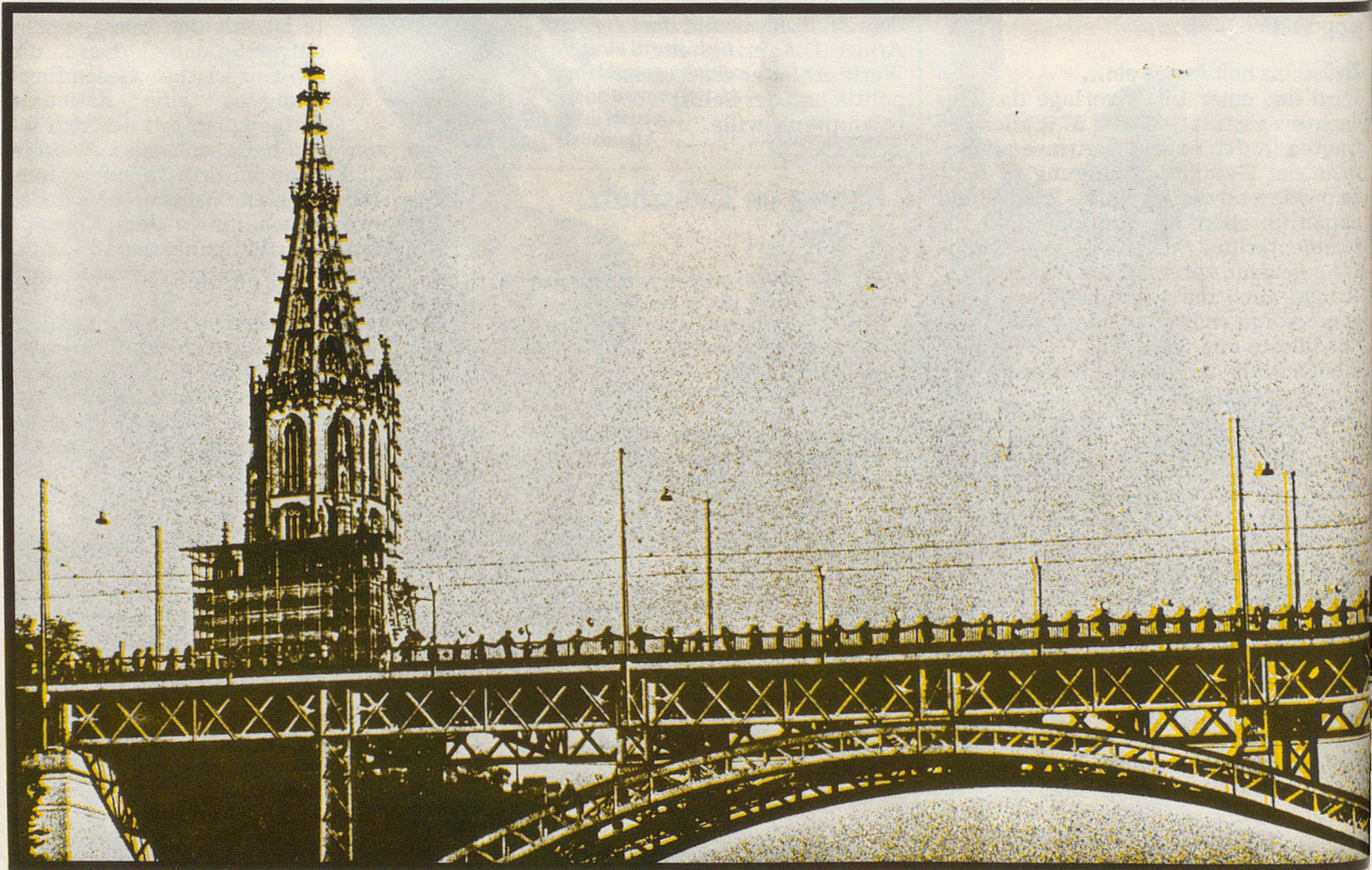
Réd. Le nom «Défense générale» constitue toujours une espèce d'énigme pour de nombreuses suisses et de nombreux suisses. Voilà ce qui ressort d'une enquête menée par «Chance Suisse» (Association pour l'information sur la Défense générale) à la fin de l'année passée. Les résultats de l'enquête démontrent toutefois que la protection civile s'en tire honorablement, en d'autres termes, elle est relativement bien connue. Cette étude avait pour but d'élucider l'état des connaissances du public sur la conception et les divers éléments de la Défense générale, sur l'estimation de son efficacité et sur l'appréciation de la situation de menace en général.

En résumé, l'étude permet de constater que le niveau de l'information sur la conception complète de la Défense générale suisse est insatisfaisant. Si l'on en fait ressortir les données dans une liste, on remarque cependant que les connaissances relatives à chacun des éléments subordonnés à la Défense générale augmentent. Pourtant, on est étonné par le fait

que 50% seulement des personnes questionnées admettent la politique extérieure comme une partie de notre politique de sécurité. Comme par le passé, il est démontré que les suisses considèrent comme insignifiants les dangers de guerre conventionnelle ou atomique au cours des dix prochaines années, compte tenu des menaces actuelles. On apprécie également de manière différenciée la valeur de l'armée. Par contre, les suisses considèrent comme des menaces bien réelles le terrorisme, l'espionnage et, à un degré moindre, les catastrophes d'origine naturelle ou technique. On constate donc que la population de la Suisse a une image claire du changement de genre des menaces qui pèsent sur la société moderne, mais qu'elle sait bien peu de choses sur les mesures de prévention et de protection qui sont prévues à cet effet dans le cadre de la Défense générale.

Les nouvelles formes de la menace

Si l'on examine en détail les chiffres obtenus lors de l'enquête concernant



les formes de la menace, on obtient ce qui suit: 83% des personnes interrogées tiennent pour passable ou très invraisemblable une guerre menée à l'aide d'armes conventionnelles, biologiques ou chimiques (86% s'agissant d'une guerre atomique). En revanche, l'enquête fait ressortir que l'on tient pour hautement vraisemblable des actes d'espionnage (79% des personnes interrogées), des prises d'otages et enlèvements (68%), des attentats terroristes (56%), des catastrophes d'origine technique (37%). Il est significatif de constater que ce sont les couches de la population appartenant aux rangs inférieurs de la classe moyenne et aux classes moins aisées en général qui tiennent pour plus élevée la vraisemblance des menaces et qui estiment simultanément ne pas être protégées. En

effet, c'est précisément dans ces couches-là de la population que le niveau de l'information sur la Défense générale est plus particulièrement faible. On remarque une tendance de la Romandie à se sentir plus fortement menacée. Il n'y a pas de différence notable entre les femmes et les hommes dans l'appréciation des dangers.

Le niveau de l'information paraît à nouveau très faible lorsqu'on en vient à la question ouverte sur la conception de la Défense générale; en effet seuls 10% peuvent donner des renseignements sur la conception, un quart connaît deux à trois domaines de la Défense générale et un cinquième seulement est à même de nommer une insti-



Défense générale, par exemple la politique étrangère (ici avec notre conseiller fédéral, Pierre Aubert). (Photos: Hansueli Trachsel)

tution (en règle générale, l'armée). Le manque d'information est particulièrement grand au Tessin où 31% des personnes interrogées admettent d'emblée ne rien connaître sur cette conception.

La protection civile rattrape l'armée...

Si l'on rafraîchit la mémoire des personnes interrogées en leur présentant une liste d'institutions, 87% d'entre elles sont en mesure d'indiquer l'armée comme partie de la Défense générale, mais 86% font également figurer la «pourtant toute jeune» protection civile, parmi les instruments de la Défense générale. 77% subordonnent correctement l'approvisionnement économique du pays et 74% les services sanitaires et les hôpitaux.

Moins de deux personnes sur trois comptent la Protection AC (63%) dans la Défense générale, 60% la Protection de l'Etat, 53% la volonté d'indépendance du peuple, 50% la politique étrangère, 44% le Service coordonné des transports, 33% le Service vétérinaire de l'agriculture et 31% la Protection des biens culturels.

Il est particulièrement préoccupant de constater qu'un suisse sur deux seulement (Suisse alémanique 55%, Suisse romande 34% et Tessin 51%) savent que notre politique extérieure et notre diplomatie font partie de notre politique de sécurité. On peut relever d'une

Les femmes dans la protection civile: le second rang...

réd. 79% des personnes conseilleraient à l'une de leurs connaissances d'entrer dans le Service de la Croix-rouge de l'armée, si cette connaissance envisageait de faire partie d'une institution appartenant à la Défense générale. A cet égard, 39% recommanderaient chaudement ce projet, 40% y seraient plutôt favorables, 8% plutôt défavorables et 10% le déconseilleraient totalement.

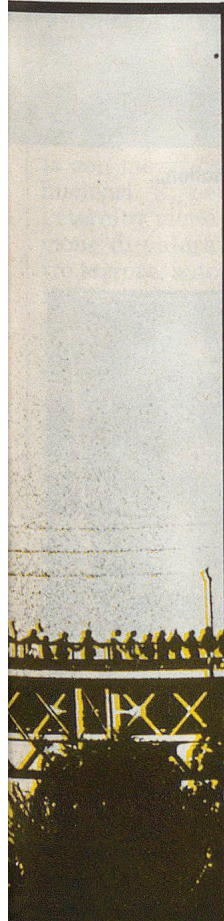
Mais 68% conseilleraient également un service civil (30% seraient absolument acquis à ce projet et 38% y seraient plutôt favorables) et 29% le déconseilleraient.

D'un autre côté, 17% des personnes recommanderaient tout à fait l'entrée dans le Service féminin de l'armée (auparavant SCF) alors que 24% seraient plutôt favorables à ce projet. Cela signifie que 41% seraient plutôt pour, cependant que 54% seraient plutôt contre.

Il est intéressant de constater qu'en ce domaine, les différences d'opinion entre les deux sexes sont très faibles.

Les opinions favorables au Service féminin de l'armée sont considérablement plus nombreuses en Suisse alémanique que dans les deux autres régions linguistiques, cependant que le Tessin exprime une large approbation, supérieure à la moyenne, pour le Service de la Croix-rouge de l'armée, ce qui est d'ailleurs également valable pour le service civil.

Défense générale, chacun pour l'autre...



façon générale que le niveau d'information augmente également avec l'âge des personnes sondées.

S'agissant d'évaluer l'efficacité de chacun des secteurs de la Défense générale, il convient de relever que toutes les parties de celle-ci sont jugées au moins partiellement efficaces. Les valeurs les plus élevées sont données au service sanitaire, suivi par l'approvisionnement économique du pays, par la protection civile et par l'armée. Les valeurs les plus faibles sont accordées à la politique extérieure et à la volonté d'indépendance.

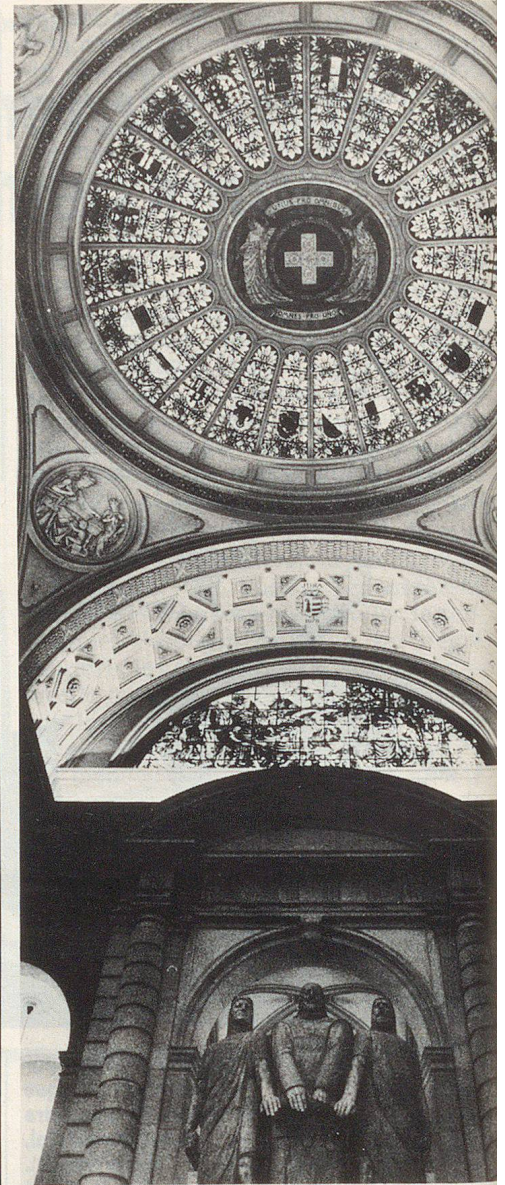
Opinion sur la Défense générale

L'enquête a fourni notamment les informations suivantes:

- Presque la moitié des personnes sondées sont tout à fait d'accord avec l'affirmation selon laquelle la Défense générale suisse constitue une tâche nationale dont chacun de nous doit s'occuper. 37 autres pour cent sont en principe d'accord. En d'autres termes, 84% des personnes interrogées soutiennent la conception de la Défense générale. 8% la soutiennent en principe et 6% y sont totalement opposés.
- D'un autre côté, on est surpris de relever le nombre de personnes qui veulent manifester leur compréhension à l'égard de celles qui mettent en question les fondements de notre Défense nationale mais qui pourtant font de sérieux efforts en faveur de la paix: 77% sont, à tout le moins en principe, d'accord avec cette affirmation (35% tout à fait d'accord et 42% en principe).
- 74% des personnes interrogées croient à l'efficacité de la Défense nationale suisse, bien qu'il s'agisse d'un petit pays. On retrouve à nouveau 34% de gens pour douter de la raison d'être de nos efforts en matière de Défense nationale en cas de

guerre (63% rejettent dans tous les cas ces doutes).

- 41% approuvent l'affirmation selon laquelle «la Défense générale peut être certes une chose nécessaire, mais je veux personnellement avoir le moins possible à faire avec elle». 57% rejettent cette mentalité.
- La majorité rejette également l'affirmation suivante: «Comparativement aux autres pays, il n'y a vraiment rien qui fasse que la Suisse vaille particulièrement la peine d'être défendue.»
- L'analyse en détail laisse apparaître quelques différences intéressantes dans ces opinions: c'est ainsi que la croyance en l'efficacité de l'organisation de notre Défense générale est notablement plus élevée dans le sud de la Suisse que dans les parties alémaniques et françaises du pays. De même le degré de compréhension pour ceux qui doutent de notre préparation à la lutte est plus faible dans le Tessin.
- Les suisses d'expression alémanique approuvent notablement moins que les romands et les tessinois l'affirmation selon laquelle il n'y a rien qui fasse que la Suisse vaille particulièrement la peine d'être défendue.
- Les suisses romands ont des doutes plus sérieux que les autres régions linguistiques quant à la raison d'être de notre préparation au combat en cas de guerre. De même la Romandie manifeste des tendances plus individualistes qu'ailleurs s'agissant de l'engagement personnel en faveur de la Défense générale.
- Pour toutes les questions posées, on peut constater que l'attitude positive à l'égard de la Défense générale augmente en même temps que l'âge des personnes sondées. Plus les personnes questionnées sont jeunes, plus leur opinion est critique et négative devant les problèmes. ▽



Défense générale: aussi l'information...



Un'indagine di «Chance svizzera» che fa pensare

Difesa integrata: una conoscente sconosciuta

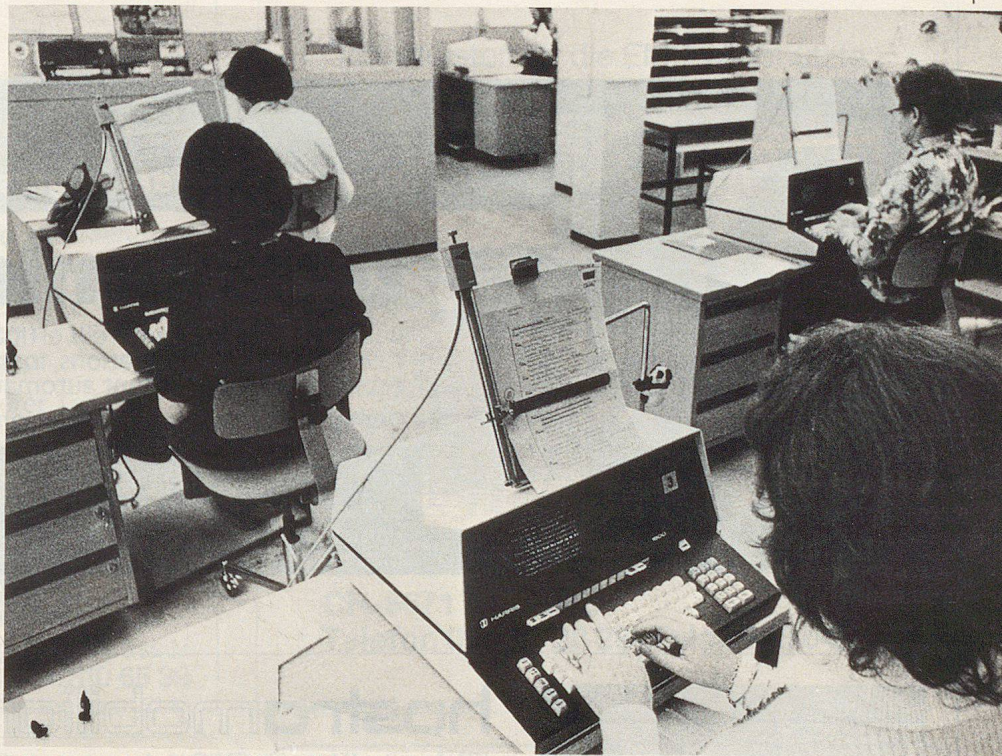
hwm. Il termine di «difesa integrata» costituisce per molte Svizzere e molti Svizzeri ancora un segreto impenetrabile. È quanto risulta da un'indagine di «Chance svizzera» (Associazione per l'informazione sulla difesa integrata) che è stata attuata alla fine dell'anno scorso. Tuttavia la protezione civile fa figura onorevole, così i risultati dell'indagine; vale a dire che il suo grado di conoscenza è abbastanza grande. L'obiettivo di questo studio era quello di ricercare il grado di diffusione della concezione e dei singoli elementi della difesa integrata, l'apprezzamento della sua efficacia e la valutazione della situazione generale di minaccia.

Riassumendo si può rilevare che l'inchiesta prova una volta di più lo stato insoddisfacente dell'informazione relativa alla concezione globale della difesa integrata svizzera. Se tuttavia sono allineati in un catalogo, i singoli elementi che sono attribuiti alla difesa integrata risultano essere meglio conosciuti. Risalta però in modo evidente che soltanto a malapena il 50% delle persone interrogate sa che la politica esterna è parte della politica di sicurezza. Risulta tuttora che il cittadino svizzero valuta come irrilevante, fra le minacce potenziali del prossimo decennio, i pericoli di una guerra condotta con mezzi convenzionali o con armi nucleari. E, parallelamente, anche all'esercito viene riconosciuta una posizione di valore differenziato. Per contro terrore, spionaggio e – in misura più ridotta – catastrofi d'ordine tecnico o naturale, costituiscono per gli Svizzeri una minaccia più realistica. Se la popolazione svizzera si è quindi fatta un'idea precisa di una diversa minaccia nella società moderna, essa ben poco sa tuttavia quali misure di tutela e cautelative siano previste nell'ambito della difesa integrata.

Nuova forma di minaccia

In dettaglio risultano i seguenti valori per le forme di minaccia: l'83% ritengono una guerra condotta con armi convenzionali, biologiche o chimiche come piuttosto improbabile, risp. molto improbabile (guerra atomica, l'86%). Il più grosso atteggiamento di difesa vale nei confronti dello spionaggio (79%), delle prese d'ostaggi/dei rapimenti (68%), degli attacchi di terroristi (56%), delle catastrofi naturali (38%), delle catastrofi dovute a guasti tecnici (37%). È rilevante che il segmento di popolazione della classe media-inferiore e

delle persone meno abbienti esprime in generale un timore più grande nei confronti di possibili minacce e quindi, contemporaneamente – poiché lo stato dell'informazione sulla difesa integrata è particolarmente esiguo in queste classi della popolazione – si ritiene anche non tutelato. La Romandia si sente tendenzialmente più fortemente minaccia-



Difesa integrata: anche l'informazione.

Donne nella protezione civile: secondo rango...

Il 79% degli interrogati consiglierebbero a una conoscente di annunciarsi al Servizio della Croce Rossa dell'esercito, se tale conoscente avesse l'intenzione di entrare a far parte di un'istituzione della difesa integrata. Il 39% di questi consiglierebbero assolutamente in senso positivo, il 40% in senso piuttosto positivo, l'8% in senso piuttosto negativo e il 10% sconsiglierebbe del tutto. Il 68% consiglierebbe in modo positivo anche nel caso del servizio civile (30% del tutto positivamente, 38% piuttosto positivamente), il 29%, invece, sconsiglierebbe.

Anche per quanto concerne l'adesione al Servizio militare femminile (in precedenza Servizio complementare femminile – SCF), il 17% consiglierebbe del tutto positivamente, il 24% piuttosto positivamente, vale a dire che il 41% piuttosto sconsiglierebbe, il 54% del tutto sconsiglierebbe.

È interessante rilevare che le differenze di parere sono, in questo caso, minime tra i due sessi.

Il consenso per il Servizio militare femminile è di parecchio più grande che non nelle due altre regioni linguistiche, mentre nel Ticino il Servizio della Croce Rossa dell'esercito riscontra un'approvazione molto più forte per rapporto a quella delle altre regioni; questo vale anche per il servizio civile.

ta. Tra uomini e donne nessuna diversità rilevante in merito alla valutazione di una possibile minaccia.

Quando si pone la domanda aperta sulla concezione della difesa integrata, riappare lo stato d'informazione carente: in effetti soltanto il 10% sa fornire risposta in merito alla concezione, un quarto degli interrogati conosce da due a tre settori della difesa integrata. Soltanto un quinto circa sa nominare un'istituzione (di regola, l'esercito). Colpisce in modo speciale il risultato particolarmente negativo del Ticino, nel quale il 31% degli interrogati riconosce apertamente la propria ignoranza.

La protezione civile raggiunge l'esercito...

Se nell'allegato a una lista si forniscono i dati necessari, allora l'87% di tutte le persone interrogate sono in grado di nominare l'esercito come settore della difesa integrata, mentre la «più recente» protezione civile viene conteggiata pure dall'86% fra lo strumentario della difesa integrata. Il 77% di tutte le persone colloca l'approvvigionamento economico del Paese, il 74% i servizi sanitari e gli ospedali giustamente tra gli elementi della difesa integrata.

Meno di due persone su tre elencano la protezione AC (63%), il 60% la tutela dello Stato, il 53% la volontà di autodi-

fesa della popolazione, il 50% la politica estera, il 44% i servizi di trasporto coordinati, il 33% il servizio veterinario per i contadini e il 31% la protezione dei beni culturali tra la componenti della difesa integrata.

Fa riflettere il fatto che la politica estera e la diplomazia siano menzionate soltanto a malapena da ogni secondo

Svizzero (Svizzera tedesca il 55%, Romania il 34% e Ticino il 51%) come parti della politica di sicurezza. In generale occorre rilevare che lo stato d'informazione s'accresce con l'età.

Nelle valutazioni dell'efficacia di singoli settori della difesa integrata, tutte le parti che sono state oggetto d'indagine sono valutate come almeno parzial-

mente efficaci; il maggior numero di voti positivi sono andati ai servizi sanitari che sono seguiti dall'approvvigionamento economico del Paese, dalla protezione civile e dall'esercito. La valutazione meno positiva è andata alla politica estera e alla volontà di autodifesa. □

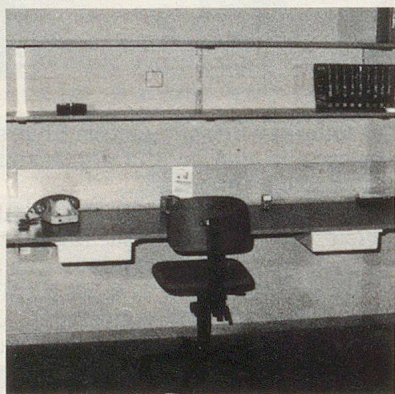
Pour prévenir des dégâts d'eau onéreux:

Déshumidificateurs

Gamme étendue d'appareils efficaces, d'un emploi très varié - caves, entrepôts, habitations, installations de protection civile, etc. Exploitation entièrement automatique, consommation d'énergie minime. Demandez-nous la documentation détaillée.

Krüger + Co.
1010 Lausanne, Tél. 021 32 92 90
Succursales: Münsingen BE,
Hofstetten SO, Degersheim SG,
Dielsdorf ZH, Gordola TI

KRÜGER



Mit Schubladen...

hostramobiliar

KP-Arbeitsplätze in TWO-Anlagen und für QKP, Büro Chef BSO usw. Nach BZS-Bestimmung montiert.

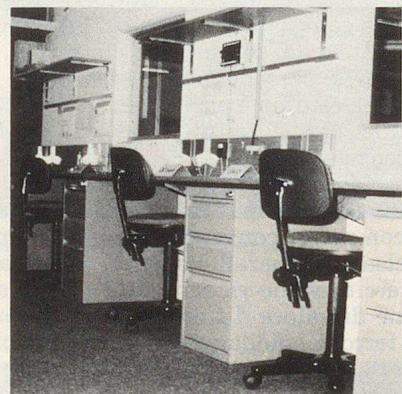
Wir haben immer eine Idee mehr...

Heute zum Beispiel:

Schreibtischschubladenblöcke und Bürodrehstühle

Verlangen Sie unseren Berater und/oder den hostra-Möblierungsordner mit Zubehör bei:

Hochstrasser AG, Eichwiesstrasse 9
8630 Rüti ZH, Telefon 055 31 17 72



...oder Schubladenblock

ACO, c'est exactement ce qu'il vous faut pour des lits de protection civile.

Venez voir
notre stand
d'exposition.

ils sont adaptés à leur fonction: les nouveaux lits COMODO superposables correspondent à toutes les exigences de la protection civile.

leur matériel est adéquat: construction en tubes d'acier rigides munis d'un système de fixation par fiches permettant une utilisation variée. Garniture de lit individuelle interchangeable.

ils sont conformes aux prescriptions de l'OFPC: à l'épreuve des chocs de 1atm. et subventionnés par l'OFPC.

ils sont intéressants pour les budgets: avec toute la gamme des services, y compris l'ensemble des conseils à la clientèle.

ACO équipe avantageusement les abris de PC.



Mobilier de protection civile ACO
Ets Georges Maye SA
Budron B
1052 Le Mont s/Lausanne

Volant détachable INFO-PC

Veillez m'(nous) adresser s.v.p. des informations sur les lits de protection civile ACO superposables. Merci.

Nom: _____

Téléphone: _____

Adresse: _____

Commune: _____



Provokative Forderungen des baselstädtischen Zivilschutzchefs

«Auch beim Zivilschutz ist manchmal weniger mehr»

red. Eine Überprüfung und Herabsetzung der Soll-Bestände, die Schaffung eines Zivilschutz-Pflichtersatzes, die Bildung eines nationalen Katastrophenhilfskorps unter überörtlicher Führung sowie ein Neuüberdenken der Organisationspflicht für Gemeinden unter 1000 Einwohner. Diese bewusst provokativen Forderungen stellte Bruno Leuenberger, Chef des Zivilschutzes des Kantons Basel-Stadt, anlässlich der Hauptversammlung der Sektion Baseland des SZSV in Reigoldswil. Im Sinne eines Diskussionsbeitrages veröffentlichen wir die Gedanken des unbequemen Zivilschutzchefs – von einigen Ausnahmen abgesehen – im Wortlaut (vgl. dazu redaktionellen Kommentar).

Bruno Leuenberger,
Chef Zivilschutz Kanton Basel-Stadt

Ich bin mir bewusst, dass in der Folge nicht alle meiner Ansicht sein werden, kratze ich doch oft, für viele allenfalls zu oft, am Grundsatz der absoluten Zivilschutz-Gemeindeautonomie. Dies nota bene als persönlich überzeugter Föderalist, der aber vor den Realitäten die Augen nicht verschliesst. Erstellen wir zuerst einmal eine kleine Auslegeordnung von anstehenden Problemen.

1. Problemkreis – Verändertes Umfeld

Im Umfeld der beiden Initiativen für die Einführung eines Zivildienstes für Militärdienstverweigerer, des dieses Jahr eingereichten Volksbegehrens für die Einführung des fakultativen Referendums für Rüstungsprogramme und Vorlagen über militärische Bauten sowie der zurzeit laufenden Unterschriftensammlung für die Abschaffung der Armee müssen wir Zivilschützer den nächstgrössten Gesamtverteidigungspartner über die Runden bringen. Und dies erst noch heil.

Wenn Dr. Erich A. Kägi in seinem Buch «Wie hoch ist der Eintrittspreis – Schweizerische Landesverteidigung heute und morgen» in seinem Schlusskapitel schreibt:

Zitat:

Nun hat sich die Armee nicht nur mit erklärten Pazifisten und offenen und heimlichen politischen Gegnern auseinanderzusetzen. Ihr macht auch der mit einem beängstigenden Schwund echten Gemeinsinns verbundene extreme Individualismus zu schaffen, der verknüpft ist mit einem durch die «weiche Welle» geprägten Männlichkeits-

ideal. Damit im Zusammenhang steht der verbreitete Eskapismus, das Ausweichen vor schwierigen Aufgaben und vor harten Anstrengungen. Statt durch Erprobung der eigenen Kraft und durch sportliche Selbstüberwindung das Vertrauen in das eigene Können und die Selbstachtung zu gewinnen und zu stärken, ergreift man die Flucht in eine imaginäre Welt oder greift gar zur Droge.
Zitat Ende,

so gilt dies in vermehrtem Masse auch für den Zivilschutz, landen doch alle Extremfälle von Dienstunwilligen schlussendlich bei uns. Alleine im Jah-



Bruno Leuenberger

(Bild: zvg)

re 1984 wurden 5000 Wehrmänner aus psychiatrischen Gründen aus der Armee entlassen. Etwas über 1000 dieser Leute, im Militärjargon ausgedrückt «elegant auf dem blauen Weg Ausgemusterte», sind im Grossraum Basel ansässig.

Wir dürfen, ja müssen annehmen, dass unter diesen 5000 psychiatrisch ausgemusterten Wehrmännern der überwiegend grössere Teil verkappte oder, wenn Sie wollen, unehrliche Dienstverweigerer sind. Das Problem dieser Dienstunwilligen wird dann einige Zeit später im Zivilschutz spürbar, ist doch nicht anzunehmen, die Erfahrung zeigt dies deutlich, dass sich die Einstellung zur Landesverteidigung und somit zur Heimat beim Übertritt zum Zivilschutz gross ändert.

Eine Lösung ist das nicht, nur ein Verschieben der Probleme von der Armee zum Zivilschutz.

Ein weiterer Punkt unter dem Kapitel veränderte Umwelt ist die Tatsache, dass wir zu Live-Konsumenten von Mord, Totschlag und Kriegen geworden sind. Wir konsumieren Elend und Not vor dem Fernsehapparat wie einen spannenden Krimi, und dies seit Jahren. Abstumpfung macht sich breit.

Ich erinnere daran, am Abstimmungssonntag für das Baselbieter Ausbildungszentrum, das ja auch komfortabel bachab geschickt wurde, strahlten alle TV-Sender Schreckensbilder vom Erdbeben in Mexico-City (30 000 Tote) aus. Aber Mexico-City ist ja so weit weg...

In diesen Prozess einzugreifen ist schwer, wenn nicht gar unmöglich. Besonders schwer ist eine Bewusstseinsbildung in grösseren Städten und stadtnahen Grossgemeinden herbeizuführen. Der einzelne Bürger fühlt sich mehrheitlich, und dies nicht nur auf dem Gebiet des Zivilschutzes, nicht mitverantwortlich am Wohlergehen des Gemeinwesens.

2. Problemkreis – Extremes Föderalismus

Die Tatsache der Delegation des Zivilschutzes an die Gemeinden muss hier in unserem Kreise nicht speziell erwähnt werden.

Die Tatsache aber, dass Jahr für Jahr über 17 000 politische und administrative Gremien sich in unserem Lande mit den Aufgaben, den Problemen und den Finanzen des Zivilschutzes befassen müssen, ist nicht im Vorstellungsvermögen der meisten Bürger. Jedes Jahr müssen fast die gleichen Budgetbegründungen für die Aus- und Weiterbildung, die Materialbeschaffung, die Administration usw. eingereicht werden. Dies führt dazu, dass der jeweilige Zivilschutz-Ortschef ebenfalls jedes Jahr in den verschiedensten politischen und administrativen Gremien Bundesgesetze verteidigen und durchsetzen muss. Es ist undenkbar, wenn militärische Kommandanten jedes Jahr

die notwendigen Kredite für ihre Kommandobereiche erbetteln müssten. Aber bei uns ist das so.

Die zu grosse Zahl politischer und administrativer Gremien, die sich zum Zivilschutz äussern, dies unter dem Motto: «Wer zahlt befiehlt», bringt zwangsläufig, dies je nach politischer Erwünschtheit, ein grosses Gefälle von Stadt zu Stadt bzw. Gemeinde zu Gemeinde mit sich.

Der Zivilschutz ist leicht angreif- und verletzbar für alle, die ihm, aus welchen Gründen auch immer, schaden wollen. Kräfte werden verpufft, Resignation ist das Resultat. Was bis heute mit diesem System sicher nicht erreicht wurde, ist eine gute Allgemeininformation der politischen Entscheidungsgremien. Im Gegenteil: Der Zivilschutzchef wird, weil er Jahr um Jahr seine fast gleichbleibenden Forderungen vorbringen muss, zum «Stürmi».

Der Vollständigkeit halber seien auch die neun für die Armee zuständigen politischen Instanzen aufgezeigt.

Was ist zu tun?

Zum ersten Vorschlag

Wenn wir davon ausgehen, dass unsere Soll-Mannschaftsbestände nicht von einem nötigen Bedarf aus gerechnet wurden, sondern von der Tatsache aus, dass etwa 8-9% der Einwohner eines Gemeinwesens schutzdienstpflichtig sind, so müsste ernstlich überprüft werden, ob wir wirklich den Hintersten und Letzten im Zivilschutz ausbilden und einsetzen müssen.

Im Zivilschutzgesetz und in der Zivilschutzverordnung finden wir Begriffe wie

- Untauglich
- Unfähig
- Unwürdig

Wenn wir diese Reihe weiterführen, gibt es aber auch

- Unbrauchbare
- Unwillige
- sowie
- Unmögliche

Ich bin überzeugt, wir würden einen effizienteren und weniger problembeladenen Zivilschutz aufstellen können, wenn wir restriktiver beim Einteilen vorgehen könnten. Der in letzter Zeit viel geforderte Imagegewinn würde sich so automatisch einstellen.

Was meinen Sie?

red. Zahlreiche Zivilschutz-Insider zeigten sich ob der provokativen Äusserungen des baselstädtischen Zivilschutzchefs empört; andere glauben, dass der in dieser Nummer abgedruckte Text durchaus einige konstruktive Punkte enthält, die man weiterverfolgen sollte. Was meinen Sie nach der Lektüre des Textes von Bruno Leuenberger? Ihre Meinung interessiert uns. Schreiben Sie, möglichst kurz und bündig, an: Redaktion Zivilschutz, Leserbriefe, Postfach 2259, 3001 Bern.

Folgerung

Senken der Soll-Bestände auf das Notwendige. Nur fähige und willige Leute einteilen und ausbilden. Die Untauglichen, Unfähigen, Unwürdigen, Unbrauchbaren, Unmöglichen, Unwilligen sollen, analog Militärpflichtersatz, zur Finanzierung der Zivilschutzaufwendungen beigezogen werden. Dieser Zivilschutzpflichtersatz müsste einkommens- und vermögensabhängig sein.

Zum zweiten Vorschlag

Aus den Reihen von politischen Linksparteien wird dem Zivilschutz vorgehalten, er sei für Grosskatastropheneinsätze nicht bereit. Das stimmt, grob gesehen, denn im Sinne der heutigen Gesetzgebung ist dies auch nicht die Hauptaufgabe des Zivilschutzes.

Wer ist denn aber zuständig für Grossereignisse?

Für Grosseinsätze, zum Beispiel «Fall Erdbeben Stadt Zürich und Umgebung», also eine Grossschadenlage, sind wir in der Tat wenig vorbereitet. Solange der Zivilschutz nur örtlich eingesetzt werden kann, dies aus Gründen wie der Nichtmotorisierung, denn nur im Kriegsfall stehen Requisitionsfahrzeuge zur Verfügung; dem Fehlen geeigneter Ausrüstungen, dem Fehlen von eingespielten überörtlichen Zivilschutz-Einsatzstäben usw. ist an einen Einsatz, der weiter als die Nachbargemeinde reicht, nicht zu denken. Wir sind heute wohl in der Lage, im eigenen Bereich Hilfe zu leisten, dies im Nachgang zu Polizei, Feuerwehren und Berufssanitätskorps. Bei Grosskatastrophen aber müssen Einsatzkräfte von aussen angesetzt werden. In unserem Beispiel: die Basler in Zürich-West, die Berner in Zürich-Süd, die St.Galler in Zürich-Ost.

Wir vom Basler Zivilschutz versuchen dieses Jahr mit drei Detachementen des Pionier- und Brandschutzdienstes in der Innerschweiz, in Amsteg/Bristen, Hilfe zu leisten. Dies als Training für überörtliche Einsätze.

Folgerung

Aus den Reihen des Zivilschutzes ist ein nationales Katastrophenhilfskorps zu rekrutieren. Dieses sollte in der Lage sein, rasch effiziente und gekonnte Hilfe an Dritorten zu leisten. Formationen dieses Korps könnten in grösseren Ortschaften aus den Reihen des Pionier- und Brandschutzdienstes rekrutiert werden. Die Finanzierung für die Motorisierung, zusätzliche Ausrüstung usw. könnte über den neu zu schaffenden Zivilschutzpflichtersatz erfolgen.

Zum dritten Vorschlag

Die Armee hat ein Kader von 45 000 Offizieren und 110 000 Unteroffizieren. Wenn wir nun davon ausgehen, dass die gleiche Zahl an Führungskräften bei den Frauen vorhanden ist, die jetzt

brachliegen, währenddem wir uns mit Leuten herumplagen müssen, von denen wir überzeugt sind, dass sie ihre Aufgabe im Einsatzfall nicht erfüllen könnten, so ist dies ein weiterer Grund dafür, einerseits die Bestände zu reduzieren und andererseits qualifizierte Frauen in Vorgesetztenfunktionen einzusetzen.

Ein Departement «Gesamtverteidigung»?

hwm. Der baselstädtische Zivilschutzchef, Bruno Leuenberger, warf im Verlaufe seines Referates auch noch die Frage der Departementszugehörigkeit des Zivilschutzes in der Landesregierung auf. Die Armee habe ihren eigenen Bundesrat, während «der Zivilschutz dagegen innerhalb des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes mitverwaltet werde, das eine Aufgabenbreite von A bis Z (Asylant bis Zivilschutz) aufweist». Leuenberger meinte, man könne sich durchaus ein Departement «Gesamtverteidigung» vorstellen, wo der Zivilschutz einen grösseren Stellenwert erhalte.

Folgerung

Als Anreize für die aktive Mitarbeit der Frauen müssen neue Wege gesucht und geschaffen werden. So könnte ich mir zum Beispiel vorstellen, dass Frauen den von ihren Männern zu bezahlenden Zivilschutzpflichtersatz durch ihre Dienstleistungen reduzieren könnten.

Zum vierten Vorschlag

Das Zivilschutzgesetz besteht jetzt rund 25 Jahre. In dieser Zeit haben sich die Lebensgewohnheiten, ebenso die Mobilität, unserer Bevölkerung sehr geändert.

Die Zivilschutzorganisation Basel-Stadt verliert praktisch mit jedem Zügeltermin 15 bis 20 Blockchefs, 2 bis 5 Quartierchefs, 10 bis 15 Rechnungsführer, 20 Zugchefs usw. Dies führte im Jahre 1985 dazu, dass wir Formationen wegen Kadernangel nicht aufbieten konnten. Das ist auf die Dauer doch kein Zustand.

Folgerung

Abkehr vom absoluten und starr-sturen Gemeinde-Zivilschutz zu grösseren regionalen oder sogar kantonalen Organisationen. Überdenken des 78er Entscheides, das heisst allenfalls abschaffen der Organisationspflicht, nicht aber der Baupflicht in Gemeinden unter 1000 Einwohnern. Oder eben Zusammenfassen in überörtlichen Einsatzformationen unter kundiger und professioneller Führung.

Schlussbemerkungen

Meine Ausführungen sind nicht vollständig. Ich habe versucht, Ihnen Grundsatzprobleme aufzuzeigen, die nur mit einer umfassenden Gesetzesrevision realisiert werden können.

Involvierte politische und administrative Instanzen im Vollzug des Zivilschutzes

Instanzen	Bund	Kantone	Gemeinden
● Bundesrat	1		
● Ständerat und Nationalrat	2		
● Bundesamt für Zivilschutz	1		
● Regierungsrat		26	
● Kantonales Parlament		26	
● Kantonales Amt für Zivilschutz		26	
● Gemeinderat			3029
● Gemeindeversammlung bzw. Grosser Gemeinderat			3029
● Zivilschutzkommission			etwa 2414
● Zivilschutzstellen			etwa 3000
● Finanzkommission	2	26	3029
● Geschäfts- oder Rechnungsprüfungskommission	2	26	3029
Total	8	130	17 530
		etwa 17 668	

Zum Vergleich die Armee: 9 Instanzen

- Bundesrat
- Ständerat mit je einer
 - Militärkommission
 - Finanzkommission
 - Geschäftsprüfungskommission
- Nationalrat

Wie bereits erwähnt, besteht das Zivilschutzgesetz jetzt runde 25 Jahre. Zwei Retouchen wurden vorgenommen. Grundsätzliche Studien über die Machbarkeit unseres Zivilschutzes werden wohl auf dem baulichen Sektor vorgenommen. Aber für das organisatorische Gebiet müsste vom Bundesrat rasch eine Studienkommission eingesetzt werden, die einmal mit der Frage konfrontiert werden müsste: «Was würden wir heute im Zivilschutz, dies nach 25 Jahren Erfahrung, anders machen?»

Hier nochmals meine Stichworte:

- Überprüfen und herabsetzen der Soll-Bestände

- Schaffung eines Zivilschutzpflichtersatzes
- Bildung eines nationalen Katastrophenhilfskorps für Friedenszeiten unter überörtlicher Führung
- Anreize schaffen, um die in genügender Zahl vorhandenen fähigen Frauen als Kader zu gewinnen
- Neuüberdenken der Organisationspflicht für Gemeinden unter 1000 Einwohnern

Es ist mir ein grosses Anliegen, unseren Zivilschutz handlicher und praktischer zu machen, damit mehr Effizienz zu erreichen, was wiederum unserer Bevölkerung zugute kommt. ▣

Kommentar:

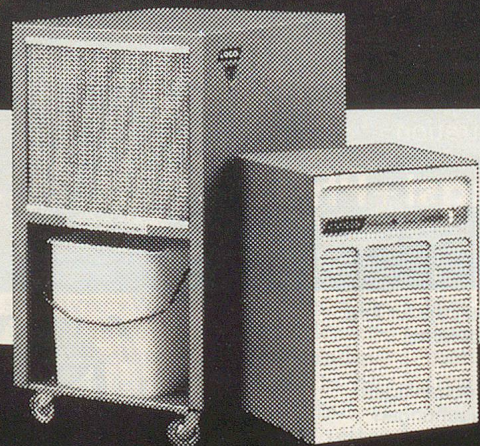
Schreckschuss

Basels Zivilschutzchef Bruno Leuenberger hat mit seinem Referat, das wir auf diesen Seiten vollumfänglich abdrucken, einen Schreckschuss abgegeben. Einen Schreckschuss, ob dem man durchaus zünftig zusammenzucken könnte. Zahlreiche Formulierungen des kompromisslosen Zivilschutzchefs sind jedoch bewusst pointiert formuliert worden und dürfen zum Teil nicht für bare Münze genommen werden. Vielmehr hat Bruno Leuenberger eher laut gedacht. Natürlich ist es wohl kaum realistisch, wenn man einem Zivilschutz das Wort redet, der nur noch willige Gelbhelme umfassen soll. Damit würde die tragende Säule unserer geltenden Zivilschutz-Konzeption in sich zusammenfallen.

Aber es wäre verfehlt, die als provokative Diskussionsbeitrag zu verstehenden Äusserungen als völlig «daneben» in Bausch und Bogen zu verdammen, denn einige Anregungen sind durchaus geeignet, eine fruchtbare Diskussion unter den Zivilschutz-Engagierten anzukurbeln. Dass heute zum Beispiel viel Zivilschutzmaterial und zahlreiche Zivilschutz-Angehörige «brachliegen» und dieses Potential beispielsweise bei Katastrophensituationen in Friedenszeiten besser genutzt werden sollte, ist ein ernstzunehmender Vorschlag. Aber auch der verbale Angriff auf den teilweise dominierenden Zivilschutz-Verwaltungs-Tausendfüssler ist nicht ganz so unrechtfertig.

Angesichts der veränderten Umwelt und Gesellschaft muss sich auch der Zivilschutz immer hinterfragen. Wenn wir dies – aus welchen Gründen auch immer – unterlassen, dann erweisen wir dem Zivilschutz einen Bärendienst. Wenn man aber beispielsweise den einen oder andern Punkt des baselstädtischen Zivilschutzchefs emotionslos aufgreift und weiterverfolgt, dann ist damit dem Zivilschutz wohl weit mehr gedient. Zumal wir wissen, dass in unserem Land auch in diesem Bereich auch mit den grössten verbalen Kraftakten wohl kaum Berge versetzt werden können.

Heinz W. Müller



Zur Verhinderung von teuren Feuchteschäden:

Luftentfeuchter

das bewährte Geräteprogramm für den universellen Einsatz in Kellern, Lagern, Wohnräumen, Zivilschutzanlagen usw. Vollautomatischer Betrieb, sparsamer Stromverbrauch.

Verlangen Sie detaillierte Unterlagen bei:

Krüger + Co.
9113 Degersheim, Telefon 071 54 15 44
Niederlassungen: Dielsdorf ZH,
Hofstetten SO, Münsingen BE,
Gordola TI, Lausanne

KRÜGER

Revendications provocantes du chef de la protection civile du canton de Bâle-Ville

«Pour la protection civile aussi, avoir moins permet de demander plus»

Bruno Leuenberger, Bâle

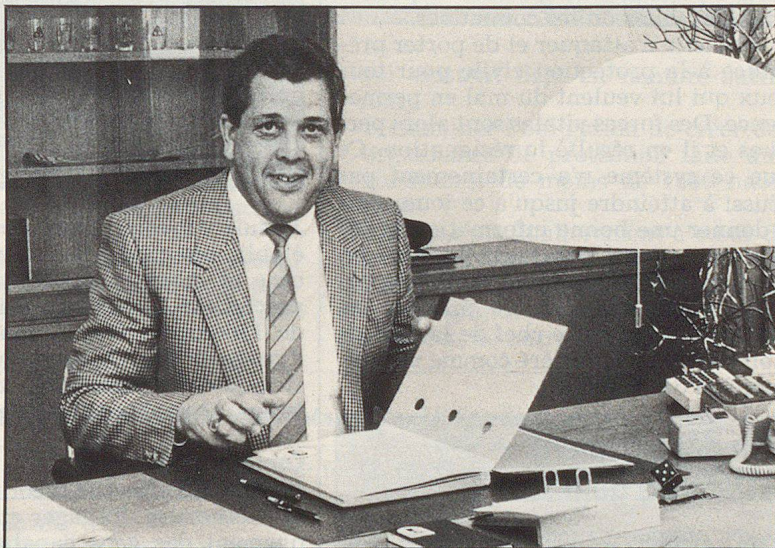
réd. Un réexamen et une réduction des effectifs théoriques, la création d'une taxe de remplacement du service obligatoire de la protection civile, la constitution d'un corps national de secours en cas de catastrophe sous une direction supralocale, une révision de l'obligation faite aux communes de moins de 1000 habitants de créer un organisme de protection, telles sont les revendications intentionnellement provocantes qu'a faites M. Bruno Leuenberger, chef de la protection civile du canton de Bâle-Ville, à l'occasion de l'Assemblée générale de la section de l'USPC de Bâle-Campagne, qui a eu lieu à Reigoldswil. Nous publions presque intégralement, les considérations exprimées par le remuant chef de la protection civile, dans un esprit de contribution au débat sur la protection civile (cf. à cet égard commentaires de la rédaction).

Je suis conscient du fait que toutes mes idées ne seront pas retenues, car j'attaque souvent, aux yeux de beaucoup même trop souvent, le principe de l'autonomie absolue de la commune en matière de protection civile. Et cela, soit dit en passant, malgré le fait que je sois personnellement un fédéraliste convaincu qui ne ferme toutefois pas les yeux devant la réalité. Dressons tout d'abord une petite liste ordonnée des problèmes en suspens.

Premier cercle de problèmes: un environnement transformé

La situation actuelle est marquée par l'initiative pour l'introduction d'un service civil pour ceux qui refusent le service militaire, par l'initiative populaire faite cette année en vue de l'introduction d'un référendum facultatif pour les programmes d'armements et les projets de constructions militaires et par la collecte de signatures actuellement en cours pour la suppression de l'armée. Nous, qui appartenons à la protection civile, laquelle représente en grandeur le second partenaire de la Défense générale, nous devons tenir le coup, tout en restant en bonne santé. Dans son livre «Wie hoch ist der Eintrittspreis – schweizerische Landesverteidigung heute und morgen» (traduction: Quel est le prix d'entrée: la défense nationale suisse aujourd'hui et demain), M. Erich A. Kägi écrit (citation traduite):

«Désormais l'armée n'est pas seulement confrontée à des pacifiques déclarés et des opposants politiques indigènes qui le sont ouvertement. Elle doit également faire face à une diminution angoissante du véritable sens civique résultant d'un individualisme extrême, qui est lié à un idéal de virilité marqué par le laxisme. Tout cela s'inscrit dans le cadre d'un abandonnisme qui se répand partout et qui consiste à fuir devant les tâches difficiles et devant les grands efforts. Au lieu de mettre ses



Bruno Leuenberger

propres forces à l'épreuve, de gagner et de renforcer la confiance dans ses propres capacités, en dépassant ses propres limites dans le sport, l'homme se réfugie dans un monde imaginaire, et va même jusqu'à rechercher dans la drogue des paradis artificiels.»

Cette citation s'applique encore davantage à la protection civile qui doit en fin de compte accueillir tous les cas extrêmes du refus de servir. En 1984 uniquement, 5000 hommes ont été libérés de l'armée pour des raisons psychiatriques. Plus de 1000 d'entre eux qui, en jargon militaire ont été «réformés élégamment vers la voie bleue», habitent dans la région de Bâle.

Nous pouvons, nous devons même admettre que parmi ces 5000 hommes de troupe réformés pour des motifs psychiatriques, la plus grande partie était des dissimulateurs ou, si vous préférez, des gens déloyaux dans leur refus de

servir. Le problème de ces opposants au service se fait sentir un peu plus tard dans la protection civile. En effet, comme le démontre clairement l'expérience, on ne peut pas considérer que le recrutement dans la défense nationale, c'est-à-dire l'engagement pour la patrie, change beaucoup lors d'un transfert dans la protection civile.

Cela n'est dès lors pas une solution. On se contente de déplacer le problème en le reportant de l'armée dans la protection civile.

Au chapitre de la transformation de l'environnement, on peut citer comme autre point le fait que nous sommes devenus des consommateurs frénétiques de meurtres, de violence mortelle et de guerre. Nous nous repaissons de misère, d'indigence et de détresse devant notre appareil de télévision, comme d'un film policier à suspens et cela depuis des années. Nos sentiments s'émeuvent.

Je me souviens encore du dimanche soir de la votation pour le centre d'instruction de Bâle-Campagne, qui a été re-

fusé à une confortable majorité, tous les émetteurs de télévision diffusaient des images d'horreur du tremblement de terre de Mexico City, qui a fait 30000 morts! Mais que voulez-vous, Mexico City, c'est si loin...

Il est difficile, voire impossible, d'intervenir dans ce processus. Il est particulièrement difficile de susciter une sorte de conscience collective des citoyens des grandes villes et des grosses communes qui les entourent. En effet les citoyens dans leur majorité ne se sentent pas responsables de promouvoir la prospérité de la communauté et cela vaut également pour le domaine de la protection civile.

Second cercle de problèmes: un fédéralisme extrême

Il ne faut pas mentionner ici en particulier la question de la délégation aux communes de la protection civile.

Mais la plupart des citoyens ne peuvent pas se représenter et comprendre que dans notre pays, année après année, plus de 17000 groupements politiques et administratifs doivent s'occuper des tâches, des problèmes et des finances de la protection civile. Chaque année, il faut fournir presque les mêmes motifs concernant le budget pour l'instruction et la post-formation, pour l'acquisition de matériel, pour l'administration, etc. Il en résulte que chaque année également, chaque chef local de la protection civile doit défendre et faire accepter des lois fédérales dans diverses commissions politiques et administratives. Il est impensable que les commandants militaires doivent chaque année aller mendier les crédits nécessaires pour leur secteur de commandement. Et pourtant, dans la protection civile, c'est ainsi!

Un nombre trop grand de groupes politiques et administratifs s'expriment sur la protection civile et embouchent le thème: «qui paie commande». Dès lors, suivant les souhaits politiques, il en résulte forcément des grandes disparités entre les villes ou les communes.

Il est facile d'attaquer et de porter préjudice à la protection civile pour tous ceux qui lui veulent du mal en permanence. Des forces vitales sont alors perdues et il en résulte la résignation. Ce que ce système n'a certainement pas réussi à atteindre jusqu'à ce jour, c'est à donner une bonne information générale aux organes politiques de décision. Bien au contraire, parce qu'il doit refaire année après année presque les mêmes demandes, le chef de la protection civile est considéré comme un personnage dérangeant.

Un département «Défense générale?»

hwm. Au cours de son exposé, M. Bruno Leuenberger, chef de la protection civile du canton de Bâle-Ville, a soulevé également la question de l'appartenance de la protection civile à l'un des départements de notre gouvernement national. L'armée dispose de son propre chef de département, cependant que la protection civile est administrée dans le Département fédéral de justice et police, dont les tâches couvrent un spectre très large qui va du droit d'asile à l'Office de métrologie. M. Leuenberger estime dès lors que l'on pourrait fort bien imaginer un département «de la défense générale», dans lequel la protection civile aurait une place correspondant mieux à son importance.

Pour être complet, il convient de mentionner les neuf instances politiques compétentes pour l'armée.

Que faut-il faire?

Première proposition

Si nous admettions que nos effectifs théoriques n'ont pas été calculés à partir des besoins nécessaires mais en te-

nant compte du fait que 8 à 9% des habitants d'une communauté sont astreints à servir dans un service de protection, alors il faudrait réexaminer sérieusement si nous devons vraiment engager et instruire tous les gens jusqu'aux derniers.

Dans la loi sur la protection civile et dans l'ordonnance nous trouvons les notions suivantes:

- inaptitude
- incapacité
- indignité

Mais si nous poursuivons cette liste, nous trouvons également:

- inutilité
- manque de volonté ainsi que
- impossibilité

Qu'en pensez-vous?

réd. De nombreux invités de la protection civile se sont montrés indignés par les déclarations provocantes du chef de la protection civile de Bâle-Ville. D'autres estiment que le texte imprimé dans ce numéro contient des éléments tout à fait constructifs, dont on devrait poursuivre l'examen. Quels sont vos sentiments, après avoir lu le texte de M. Bruno Leuenberger? Votre opinion nous intéresse. Ecrivez-nous si possible brièvement et clairement à l'adresse suivante: Rédaction protection civile, lettres des lecteurs, case postale 2259, 3001 Berne.

Je suis convaincu que nous pourrions établir une protection civile plus efficace et moins problématique si nous procédions plus restrictivement lors de l'incorporation. L'amélioration de l'image de la protection civile, qui a été si souvent demandée ces derniers temps, en profiterait automatiquement.

Conséquences

Réduire les effectifs théoriques à ce qui est nécessaire. Engager et former uniquement des gens capables et volontaires. Les gens inaptes, incapables, indignes, inutilisables, impossibles et qui ne le veulent pas doivent, à l'instar de la taxe militaire, contribuer au financement des dépenses de la protection civile. Cette taxe de remplacement du service de la protection civile doit être fixée en fonction du revenu et de la fortune.

Deuxième proposition

Des voix s'élèvent des rangs des partis politiques de gauche pour reprocher à la protection civile de n'être pas prête pour les engagements dans les grosses catastrophes. Grosso modo ce reproche est fondé, vrai est-il que tel n'est pas la tâche principale de la protection civile au sens de la législation actuelle.

Mais qui est donc compétent pour de graves événements?

En fait nous sommes peu préparés à affronter les désastres survenant dans de vastes zones sinistrées comme pourraient le devenir la ville de Zurich et

ses environs, s'ils étaient victimes d'un tremblement de terre. Aussi longtemps que la protection civile ne pourra être engagée que sur un plan local, pour des motifs comme celui du manque de motorisation – seul le cas de guerre permet de recourir à la réquisition de véhicules –, du défaut d'équipements appropriés, de l'absence d'états-majors d'engagement de protection civile supralocaux qui soient exercés, etc., il ne faut pas songer à des interventions allant au-delà de la commune voisine. Certes, nous sommes aujourd'hui déjà en mesure de fournir une aide dans nos domaines et secteurs propres, en nous appuyant sur la police, les sapeurs-pompiers et les corps sanitaires professionnels. Mais dans les cas de catastrophe importante, il faut utiliser des forces de l'extérieur. Dans notre exemple ci-dessus relatif à Zurich, les Bâlois devraient être engagés à Zurich ouest, les Bernois à Zurich sud et les Saint-Gallois à Zurich est.

Nous les Bâlois tentons cette année l'expérience d'une intervention d'appui à Amsteg/Bristen, en Suisse centrale, avec trois détachements de pionniers et lutte contre le feu. Cela à titre d'entraînement pour des engagements supralocaux.

Conséquences

Il faut recruter dans les rangs de la protection civile de quoi constituer un corps national de secours en cas de catastrophe. Celui-ci devrait être en mesure de fournir des secours en tout lieu de façon rapide, efficace et compétente. On devrait pouvoir recruter les formations de ce corps parmi les services de pionniers et lutte contre le feu des grandes localités. Le financement de la motorisation, des équipements supplémentaires pourrait être assuré par le biais de la taxe à créer en remplacement du service de la protection civile.

Troisième proposition

L'encadrement de l'armée est constitué de 45000 officiers et 110000 sous-officiers.

Si nous admettons qu'il existe potentiellement un nombre semblable de cadres inemployés parmi les femmes, alors que nous devons nous donner bien du mal avec des gens dont nous sommes convaincus qu'ils ne pourront pas accomplir leur tâche en cas de catastrophe, alors nous avons une raison supplémentaire d'une part de réduire les effectifs et d'autre part, de promouvoir dans des fonctions supérieures des femmes qualifiées.

Conséquences

Il faut chercher et créer de nouvelles méthodes pour promouvoir la collaboration active des femmes. C'est ainsi que je pourrais imaginer que des femmes réduisent le montant de la taxe de remplacement du service de la pro-

tection civile de leur main en s'engageant elle-même.

Quatrième proposition

La loi sur la protection civile a 25 ans d'âge. Durant cette période, les habitudes de vie et la mobilité de la population ont beaucoup évolué.

L'organisation de protection civile de Bâle-Ville perd pratiquement à chaque délai de résiliation des baux à loyer 15 à 20 chefs d'îlots, 2 à 5 chefs de quartiers, 10 à 15 comptables, 20 chefs de section, etc. Pour 1985, il en a résulté que nous n'avons pas pu convoquer des formations par manque de cadres. A la longue une telle situation n'est pas tenable.

Conséquences

Abandon du système absolu et rigide de la protection civile communale et constitution d'organisations régionales ou même cantonales. Révision de la décision de 1978, c'est-à-dire suppression de l'obligation de créer des organismes de protection mais non celle de construire, pour les communes de moins de 1000 habitants. Ou même fusion de ces organismes dans des formations d'engagement supralocales sous une conduite professionnelle et compétente.

Remarques finales

Mes considérations ne sont pas exhaustives. J'ai tenté de vous présenter des problèmes fondamentaux, qui ne peuvent être résolus que par une vaste révision de la loi.

Ainsi que je l'ai mentionné, la loi sur la protection civile a 25 ans. Elle a été retouchée par deux fois. Des études fondamentales sont en cours concernant la fiabilité de notre protection civile en matière de construction. Mais, s'agissant du secteur de l'organisation, il faudrait que le Conseil fédéral désigne rapidement une commission d'étude dont la tâche serait de répondre à la question: «Forts de 25 ans d'expérience, que ferions-nous différemment aujourd'hui en protection civile?»

Une fois encore, en bref, mes propositions:

- réexamen et réduction des effectifs théoriques;

Esigenze provocatorie

Il riesame e la riduzione degli effettivi regolamentari, la creazione di una tassa d'esenzione dal servizio di protezione civile, la creazione di un corpo nazionale per l'aiuto in caso di catastrofi affidato a una condotta supraregionale, come pure il ripensamento dell'obbligo di istituire organismi di protezione per i comuni con meno di 1000 abitanti. Sono le esigenze, volutamente provocatorie, poste da Bruno Leuenberger, capo della protezione civile del cantone di Basilea-Città, in occasione dell'assemblea principale della Sezione di Basilea-Campagna dell'USPC a Reigoldswil.

Commentaire

Coup de semonce

Dans son exposé, que nous reproduisons presque intégralement dans les pages de ce numéro, M. Bruno Leuenberger, chef de la protection civile de Bâle-Ville, lance un coup de semonce. Un coup de semonce qui fait vraiment sursauter. Nombre de propositions de ce chef sans compromission de la protection civile ont été formulées à dessein de façon agressive. Elles ne doivent pas être prises pour argent comptant. On doit bien plutôt considérer que M. Bruno Leuenberger a réfléchi à haute voix. Bien sûr, il n'est certes guère réaliste d'imaginer une protection civile qui n'engloberait que des casques jaunes volontaires. Si tel était le cas, ce pilier de notre conception actuelle de la protection civile en soi s'effondrerait.

Mais il serait faux de condamner en bloc ces déclarations, qu'il faut considérer comme une contribution provocatoire à la discussion, et non comme quelque chose de totalement inepte. En effet, certaines des propositions sont tout à fait appropriées à déclencher une discussion fructueuse entre des personnes engagées

dans la protection civile. Le fait qu'actuellement, par exemple, une grande quantité de matériel et de nombreux membres de la protection civile soient «inemployés» alors qu'ils devraient être mieux utilisés lors de situations de catastrophe en temps de paix, constitue une proposition qu'il convient de prendre au sérieux. Par ailleurs, l'attaque verbale contre l'administration éparpillée de la protection civile et dominée par mille organes différents de décision n'est pas totalement injustifiée.

Compte tenu de l'environnement et de la société en constante mutation, la protection civile également doit toujours se poser des questions. Si nous ne le faisons pas - toujours pour de bonnes raisons - alors nous rendrons un mauvais service à la protection civile. Mais si nous voulons examiner et suivre sans émotion par exemple l'un ou l'autre des points soulevés par le chef de la protection civile de Bâle-Ville, nous servirons bien mieux la protection civile. De plus, nous savons que dans notre pays, même pour la protection civile, les interventions les plus puissantes ne conduisent guère à faire mouvoir des montagnes.

Heinz W. Müller

- création d'une taxe de remplacement ou service obligatoire de la protection civile;
- création d'un corps national de secours en cas de catastrophe pour le temps de paix sous une direction supralocale;
- créer les conditions d'encouragement pour gagner comme cadre de la protection civile les femmes capables

qui existent déjà en nombre suffisant;

- réexaminer l'obligation de créer des organismes de protection faite aux communes de moins de 1000 habitants.

Il me tient particulièrement à cœur de faire de notre protection civile un instrument maniable et pratique qui ait une plus grande efficacité pour le plus grand bien de notre population.

Organes politiques et administratifs concernés par l'exécution de la protection civile

Organes	Confédération	Cantons	Communes
● Conseil fédéral	1		
● Conseil des Etats et Conseil national	2		
● Office fédéral de la protection civile	1		
● Conseils d'Etat		26	
● Parlements cantonaux		26	
● Offices cantonaux de la protection civile		26	
● Conseils communaux			3029
● Assemblées ou parlements communaux			3029
● Commissions de protection civile			env. 2414
● Services de la protection civile			env. 3000
● Commissions financières	2	26	3029
● Commissions de gestion ou de révision des comptes	2	26	3029
Totaux	8	130	17530
		env. 17 668	

Comparaison avec l'armée: 9 organes

- Conseil fédéral
 - Conseil des Etats
 - Conseil national
- chacun ayant:
- une commission des affaires militaires
 - une commission des finances
 - une commission de gestion

Bundesrat lehnt ein Postulat ab, welches Berggebiet «entlasten» wollte

«Streichung der Ersatzpflicht ist nicht verantwortbar»

hwm. «Ein Wegfall der Ersatzbeiträge müsste zwangsläufig zu einer übermässigen Belastung der öffentlichen Hand führen, was gerade in wirtschaftlich schwächeren Regionen die Errichtung dieser öffentlichen Schutzräume stark erschweren, wenn nicht gar verunmöglichen würde.» Dies antwortet der Bundesrat auf ein Postulat von Nationalrat Hans Schärli (CVP, LU), welches die Problematik der Ersatzpflicht in Berggebieten zum Inhalt hatte. Der Bundesrat lehnt dieses Begehren ab.

Jeder Hauseigentümer habe gemäss Artikel 2 Absatz 3 des Schutzbautengesetzes und Artikel 6 der Schutzbautenverordnung einen Ersatzbeitrag an die Erstellung öffentlicher Schutzbauten zu leisten, wenn bei Um- oder Neubauten von Wohngebäuden die gesetzlich verlangten Schutzräume nicht erstellt werden. Die Regelung führe vor allem im Berggebiet des öfteren zu Härtefällen. Bei Wohnsanierungen im Berggebiet werde dieser Ersatzbeitrag selbst dann erhoben, wenn in der Nähe gar kein verfügbarer öffentlicher Schutzraum vorhanden sei, stellte Nationalrat Schärli in seinem Postulat fest. Der Bundesrat wurde deshalb ersucht zu prüfen, ob die Ersatzpflicht nicht so lange erlassen werden könne, als in verantwortbarer Nähe kein öffentlicher Schutzraum zur Verfügung stehe.

Begründung

In der Begründung stellte der Luzerner Drogist folgendes fest: «Können bei Um- oder Neubauten die vom Gesetz erstellten Schutzräume nicht erstellt werden, so hat der Hauseigentümer und Bauherr einen gleichwertigen Ersatzbeitrag an die Erstellung öffentlicher Schutzräume zu leisten (Art. 2 Abs. 3 des Schutzbautengesetzes und Art. 6 der Schutzbautenverordnung). Bei Wohnsanierungen im Berggebiet muss aus topographischen und räumlichen Gründen vielfach auf die Erstellung von Schutzräumen verzichtet werden. Der Eigentümer hat folglich den Ersatzbeitrag zu leisten. Damit wird er, über die Kosten für den Um- oder Neubau, finanziell noch einmal stark belastet. Der Ersatzbeitrag ist in vielen Fällen aber auch sachlich nicht begründet. Für abgelegene Berggehöfte ist nämlich fast nie ein öffentlicher Schutzraum in verantwortbarer Nähe vorhanden. Trotzdem muss der Ersatzbeitrag für den Bau solcher öffentlicher

Schutzräume bezahlt werden. Dazu kommt noch, dass entfernte öffentliche Schutzräume für die Bergbauern wenig sinnvoll sind, ist doch ihr Vieh draussen und muss versorgt und durchgefüttert werden.

Die genannten Gründe rechtfertigen es, solange keine Schutzräume in verantwortbarer Nähe vorhanden sind, den Ersatzbeitrag fallenzulassen und damit die Hauseigentümer im Berggebiet bei notwendigen Um- oder Neubauten finanziell zu entlasten.»

In seiner (negativen) Stellungnahme schreibt der Bundesrat, die Baupflicht sei in Artikel 2 Schutzbautengesetz so umschrieben, dass die Hauseigentümer in allen Neubauten und wesentlichen Umbauten Schutzräume erstellen müssten. In besonderen Fällen könnten die Kantone indessen Ausnahmen anordnen.

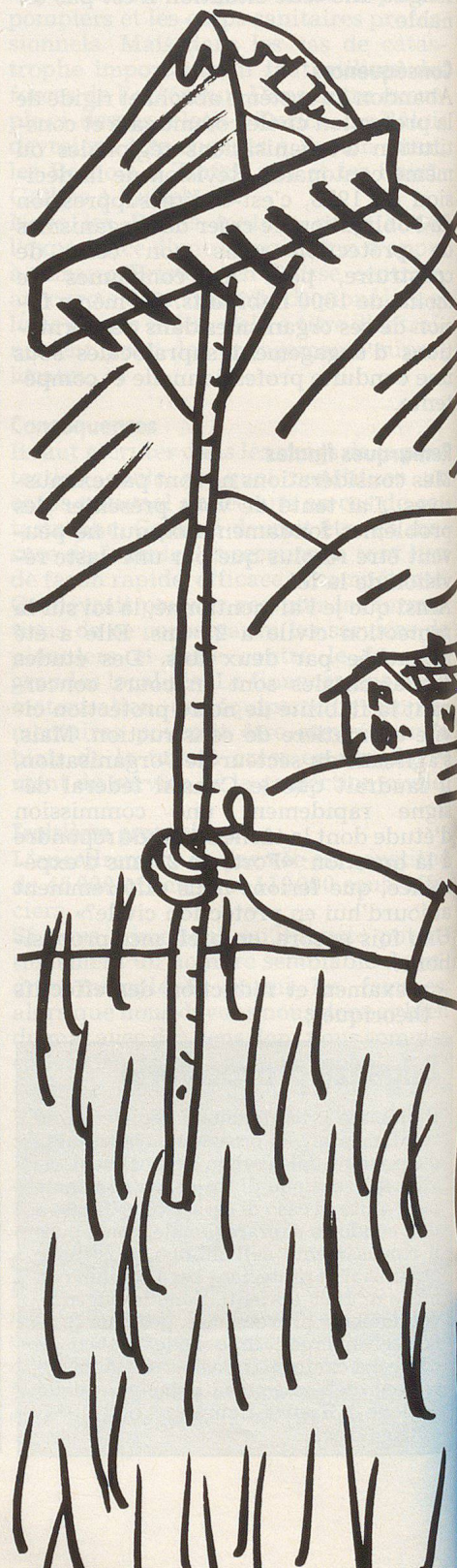
Mit der ersten Revision der Zivilschutzgesetzgebung im Jahre 1978 sei aber der Grundsatz eingeführt, dass bei einer Befreiung von der Schutzraumbaupflicht die Hauseigentümer im Ausmass der ihnen durch die Befreiung erwachsenden Einsparungen Beiträge an öffentliche Zivilschutzbauten leisteten. Damit werde eine gesamtschweizerisch rechtsgleiche Behandlung aller Bauherren erreicht. Mit der Begrenzung des Ersatzbeitrags auf 5% der gesamten Bau- bzw. Umbausumme werde im übrigen dafür gesorgt, dass die Belastung des Bauherrn im vertretbaren Rahmen bleibe, und weiter:

«Wegfall undenkbar»

«Mit den Ersatzbeiträgen erstellt die Gemeinde öffentliche Schutzräume für den Teil der Bevölkerung, der über keine eigenen privaten Schutzräume verfügt. Ein Wegfall der Ersatzbeiträge müsste zwangsläufig zu einer übermässigen Belastung der öffentlichen Hand führen, was gerade in wirtschaftlich schwächeren Regionen die Errichtung dieser öffentlichen Schutzräume stark erschweren, wenn nicht gar verunmöglichen würde.»

Es verstehe sich von selbst, dass mit der Entrichtung des Ersatzbeitrags nicht auch gleich ein öffentlicher Schutzplatz in der nächsten Umgebung vorhanden sein könne. Öffentliche Schutzräume würden gemäss der Generellen Zivilschutzplanung in der Gemeinde erstellt, wobei bevölkerungsmässige, geographische, topographische und verkehrsmässige Aspekte die Reihenfolge der zu erstellenden öffentlichen

Schutzräume bestimmten. Der Anspruch des ersatzbeitragleistenden Hauseigentümers auf die ihm zustehende Anzahl von öffentlichen Schutzplätzen bis zum Vollausbau des Zivilschutzes bleibe dabei gewahrt; die Gemeinde sei hiezu durch Gesetz und Verordnung, sowie gestützt auf die Zivilschutzkonzeption 71 und den bundesrätlichen Zwischenbericht zum Stand des Zivilschutzes vom 31. Januar 1983 ausdrücklich verpflichtet. ▣



Le Conseil fédéral repousse un postulat

«Nous ne pouvons pas assumer la suppression de l'obligation de remplacement»

hwm. «Une suppression des contributions de remplacement conduirait forcément à une charge démesurée pour les deniers publics. Ceci rendrait particulièrement difficile, voire impossible, pour les régions qui sont précisément économiquement faibles la construction de ces abris publics.» C'est la réponse du Conseil fédéral à un postulat du conseiller national Hans Schärli (PDC, LU), concernant le problème de l'obligation de remplacement dans les régions de montagne. Le Conseil fédéral repousse donc cette demande.

Selon l'article 2, alinéa 3, de la Loi sur les constructions de protection civile et l'article 6 de l'Ordonnance sur les constructions de protection civile, tout propriétaire d'immeuble doit s'acquitter d'une contribution de remplacement pour la réalisation d'abris publics, au cas où les abris requis par la loi ne sont pas réalisés lors de travaux de transformation ou de

nouvelles constructions. Dans les régions de montagne, cette réglementation a bien souvent donné lieu à des cas extrêmes. On y percevait même cette contribution de remplacement lors de travaux de rénovation lorsqu'aucun abri public utilisable n'existait à proximité, a constaté dans son postulat le conseiller national Schärli. C'est pourquoi il a demandé au Conseil fédéral de voir s'il n'était pas possible de renoncer à percevoir cette contribution de remplacement lorsqu'aucun abri public n'existait à une distance respectable.

Justification

Pour justifier sa demande, le droguiste lucernois fit la constatation suivante:

«Si, dans le cas de transformations ou de nouvelles constructions, les abris requis par la loi ne peuvent être construits, le propriétaire d'immeuble ou le maître d'œuvre doit verser une contribution équivalente pour la réalisation d'abris publics (art. 2, al. 3 de la Loi sur les constructions de protection civile et l'art. 6 de l'Ordonnance sur les constructions de protection civile).

Pour des raisons topographiques et d'espace disponible, on doit souvent renoncer à construire des abris lors de transformations d'immeubles dans les régions de montagne. Le propriétaire de l'immeuble est donc obligé de verser la contribution de remplacement. Outre les travaux de rénovation ou de transformation, il doit ainsi supporter cette charge supplémentaire. Dans beaucoup de cas, cette contribution de remplacement n'est par ailleurs pas objectivement justifiée. Pour les fermes retirées dans la montagne, il n'y a, comme chacun sait, jamais d'abri public à une distance respectable. Mais la contribution de remplacement doit quand-même être versée pour la construction de tels abris. Par ailleurs, des abris publics éloignés ne s'avèrent guère utiles, étant donné que le bétail est dehors et que les paysans doivent les soigner et les nourrir.

Les raisons invoquées justifient donc l'abandon de la contribution de remplacement pour les propriétaires d'immeubles dans les régions de montagne, tant qu'aucun abri public ne se trou-

vent à une distance respectable des habitations, de façon à leur éviter des charges supplémentaires lorsqu'ils doivent effectuer des travaux de transformation ou de construction.

Dans sa prise de position négative, le Conseil fédéral écrit que l'obligation de construire est exprimée dans des termes qui impliquent que les propriétaires d'immeubles seraient tenus d'ériger des abris dans toutes les nouvelles constructions et lors de transformations importantes. Cependant, les cantons pourraient ordonner des mesures dans certains cas particuliers.

Mais la première révision de la législation sur la protection civile en 1978 introduit le principe suivant lequel les propriétaires d'immeubles exemptés de l'obligation de construire un abri doivent verser une contribution pour la réalisation de constructions publiques de protection civile équivalente au montant de l'économie que cette dispense représente. Ceci permet d'instaurer un traitement égal de tous les maîtres d'œuvre à l'échelle nationale. En fixant le seuil de cette contribution à 5% du coût total des travaux de construction ou de rénovation, on a veillé à ce que la charge imposée au maître d'œuvre demeure dans des limites acceptables. En outre:

«Suppression exclue»

«La commune utilise les contributions de remplacement à la réalisation d'abris publics pour la tranche de population qui ne dispose pas de leurs propres abris privés. Une suppression des contributions de remplacement ne pourrait, par la force des choses, conduire qu'à imposer aux deniers publics une charge excessive. Ceci rendrait très difficile, voire impossible, la réalisation de ces abris publics pour les régions qui sont précisément économiquement faibles.»

On comprendra aisément que le versement de la contribution de remplacement n'entraîne pas la réalisation sur-le-champ d'une place protégée dans les environs immédiats. Les abris publics sont réalisés dans la commune selon la planification générale de la protection civile, l'ordre chronologique suivant lequel ces abris doivent être construits étant lié à d'autres aspects tels que la démographie, la géographie, la topographie et le réseau de communications. Le droit pour les propriétaires d'immeubles qui s'acquittent de cette contribution de remplacement de disposer le jour de la réalisation complète de la protection civile du nombre de places protégées qui leur reviennent reste à cet égard absolument garanti. La Loi et l'Ordonnance, ainsi que la Conception de la protection civile de 1971 et le rapport intermédiaire du Conseil fédéral sur l'état de préparation de la protection civile du 31 janvier 1983, obligent expressément la commune à remplir ses engagements. ▣



Neue Redaktorin/ Zentralsekretärin

sZSV. Der Zentralvorstand des Schweizerischen Zivilschutzverbandes (SZSV) hat Ursula Speich-Hochstrasser (52), derzeit Redaktorin beim Fernsehen DRS (Abteilung Familie und Fortbildung), zur neuen Redaktorin/Zentralsekretärin des Verbandes mit Sitz in Bern gewählt. Die einstige Lehrerin und Redaktorin an der «Zürichseezeitung» übernimmt nach einer Übergangsphase am 1. September die Nachfolge des auf den 30. Juni 1986 zurücktretenden Heinz W. Müller (36), der den SZSV nach drei Jahren verlässt und künftig bei der Berner Tageszeitung «Der Bund» als Stadredaktor tätig sein wird.



Nouvelle rédactrice/ secrétaire centrale

uspc. Le Comité central a élu comme nouvelle rédactrice et secrétaire centrale, avec siège à Berne, Madame Ursula Speich-Hochstrasser (52), actuellement rédactrice auprès de la télévision suisse alémanique (Division famille et éducation.) Madame Speich a exercé auparavant la profession d'enseignante puis celle de rédactrice au journal *Zürichseezeitung*. Elle prendra le 1^{er} septembre 1986, après une période d'interim de deux mois, la succession de Monsieur Heinz W. Müller (36), qui quitte ses fonctions le 30 juin 1986, après trois ans d'activité, pour un poste de rédacteur auprès du journal bernois *Der Bund*, où il dirigera la rubrique locale de la ville de Berne.

Nuova redattrice/ segretaria centrale

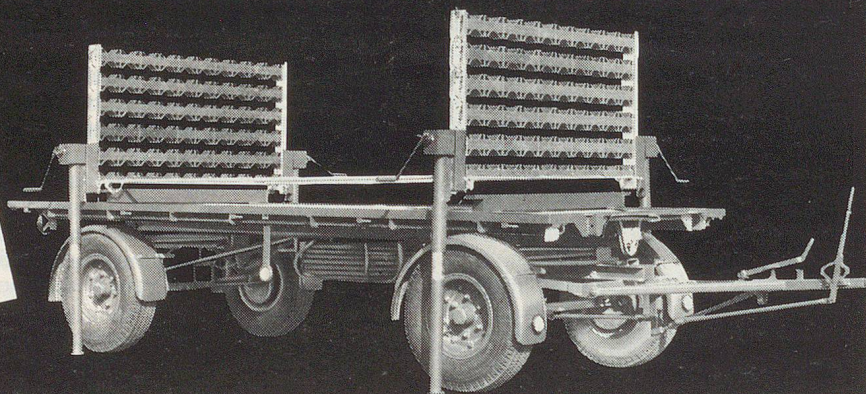
uspc. Il comitato centrale dell'Unione svizzera per la protezione civile (USPC) ha nominato Ursula Speich-Hochstrasser (52), attualmente redattrice presso la televisione DRS (divisione famiglia e perfezionamento) nuova redattrice/segretaria centrale dell'Unione con sede in Berna. La signora Speich-Hochstrasser che è docente di formazione ed era stata in precedenza redattrice del *Zürichseezeitung* assumerà il 1° settembre, dopo un periodo di transizione, la successione del signor Heinz W. Müller (36) che lascerà la carica il 30 giugno 1986. Il signor Müller ha operato durante tre anni per l'USPC e assumerà la carica di redattore della cronaca cittadina presso il giornale bernese *Der Bund*.

Nufer Metallbau
8302 Kloten, Steinackerstr. 31
Telefon 01 813 17 84

nufer

Röhrenanhänger
mit Patent-Aufbau + 425484 +
Umbau oder
Neuanfertigung

Umgebauter Infanterie-Anhänger für Zivilschutz, Wasserversorgung und Feuerwehr



Kupferrohre trennen: gratfrei, genau rechtwinklig, sekundenschnell -

mit der neuen Rohrsäge RA 21 von +GF+

Kupferrohre werden ideal getrennt, ebenso Rohre aus Stahl, Edelstahl, Aluminium, mit einem Aussendurchmesser von 13 bis 63 mm und Wanddicken von 0,6 bis 5,5 mm.

Die entscheidenden Vorteile der RA 21:

- Planetenschnitt
- Preisgünstige Sägeblätter mit kleinem ϕ (63 mm) und hohen Standzeiten
- Einwandfreies Spannen im stabilen Schraubstock
- Leicht transportabel
- Schnelle Durchmesserstellung
- Längenschlag für Serienfertigung
- Einfache Handhabung
- Schraubstock separat verwendbar.

+GF+

**Georg Fischer Aktiengesellschaft
Schaffhausen (Schweiz)**

Postadresse: CH-8201 Schaffhausen
Telefon: (053) 8 21 92 oder 8 26 08
Telex: 78914 gfs ch

Coupon RA 21

Ich wünsche eine unverbindliche Vorführung 18 8201
 ein Angebot

Name/Vorname: _____

Firma: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Embru ist Vollausrüster für Zivilschutz- anlagen und Truppenunterkünfte



Planung, Beratung, Offerte, Lieferung, Einrichtung

embru

Embru-Werke, Kommunalbedarf
8630 Rütli ZH
Telefon 055/31 28 44
Ausstellung in Rütli